



„Fukushima mahnt“ – Pankower Jugend auf dem Weg in eine atomfreie Zukunft!

LIEBE PANKOWERINNEN UND PANKOWER,

seit Wochen sehen wir die schockierenden Bilder aus der Katastrophenregion Japans. Es macht uns betroffen und fassungslos. Und es macht uns auch klar, dass das Problem nicht weit von uns weg ist. Viele Menschen hier haben Angst, denn die Folgen von Atomunfällen machen nicht an Staats- oder Bezirksgrenzen halt. Jede Entscheidung zur Atomenergie betrifft auch Berlin und Pankow. Die Berliner Politik und mit ihr die SPD muss sich mit Fukushima befassen: Wie wollen wir in Zukunft mit Atomenergie umgehen und was müssen wir dafür jetzt entscheiden? Schon früher haben wir die Erfahrung gemacht, dass Atomkraft auch ohne Katastrophen enorme Kettenreaktionen auslösen kann. Stromausfall ist die Ursache für die fatale Entwicklung in Japan!

Wir brauchen rechtssichere, eindeutige und unumkehrbare Beschlüsse. Aber wir können die Energiewende nicht von heute auf morgen umsetzen. Auch deshalb hat die rot-grüne Bundesregierung 2000 den Atomkonsens beschlossen und dafür Vereinbarungen mit den Energieversorgern getroffen. Berlin hat mit anderen Bundesländern eine Initia-

tive gestartet, die sich für die dauerhafte Abschaltung alter Atomkraftwerke auf der Grundlage von 2002 einsetzt. Jedes Bundesland muss außerdem seinen eigenen Beitrag zur schnelleren Energiewende leisten. Vieles hat Berlin schon auf den Weg gebracht. Wir verzichten seit mehr als acht (!) Jahren im öffentlichen Bereich auf Atomstrom. Es gibt hier über 500 Unternehmen der Green Economy, von Energieerzeugung über Abfallrecycling bis zur E-Mobility. Es gibt noch viele Reserven bei Fotovoltaik und Solarthermie. Das alles betrifft neben dem Wirtschafts- und Wissenschaftscluster Energie aber auch den Verkehr. Neueste Studien belegen, dass Berlin den umweltfreundlichsten Verkehr und ÖPNV aller deutschen Großstädte hat.

Es gibt viel zu tun bis zur Energiewende. Und wer an dem Auslaufmodell Atomstrom festhält, verhindert den Ausbau erneuerbarer Energien. Dafür darf es keine politischen Mehrheiten mehr geben.



Ihr
Rainer-Michael
Lehmann, MdA

KUNDENORIENTIERUNG STATT GEWINNMAXIMIERUNG

Regionale Bahnnetze in regionale Hand überleiten und so die Zukunft der S-Bahn sichern

von Roland Schröder, Vorsitzender des BVV-Ausschusses Stadtentwicklung

In den letzten Wochen ist es etwas ruhiger um die Berliner S-Bahn geworden. Katastrophal waren die Zustände im Sommer 2009 und in den darauf folgenden Wintern: Streckenteile wurden stillgelegt, $\frac{3}{4}$ der Wagen waren nicht einsatzfähig und die Fahrgäste mussten bei eisiger Kälte auf Bahnhöfen ohne Informationen stundenlang auf überfüllte Kurzzüge warten. Die S-Bahn Berlin GmbH und die DB Netz zeigten sich immer wieder desinteressiert an einem leistungsstarken und serviceorientierten Betrieb der Berliner S-Bahn. Gewinnmaximierung durch Verschrottung einsatzfähiger Fahrzeuge, Abbau von Personal, Schließung von Werkstätten und Vernachlässigung von Wartungsarbeiten standen für das Management im Vordergrund, wiederholte Drohungen der Senatsverwaltung an Eigentümer und Betreiber reichen nicht aus, finanzielle Kürzungen bleiben wirkungs-



Die S-Bahn verlangt auf unabsehbare Zeit noch viel Geduld von den Fahrgästen

los. Zugegeben wird nur, was bereits bekannt ist. Kernfehler des Konzerns aus den Jahren 2004 bis 2005 werden immer noch abgestritten und von Bahnchef Grube gibt es nur unverbindliche Erklärungen.

Mit einer Rückkehr zu einem Fahrbetrieb mit den vertraglich vereinbarten 562 Viertelzügen ist in Kürze nicht zu rechnen und ohne Neubaufahrzeuge kaum realistisch. Nur durch eine schonungslose Aufklärung der Situation und durch notwendige Veränderungen könnte den Fahrgästen eine Vertragsverlängerung bzw.

eine Direktvergabe nach 2017 überhaupt vermittelt werden. Eine Gerichtsentcheidung von Februar 2011 macht jedoch eine Direktvergabe ohne Ausschreibung nur noch an landeseigene Unternehmen möglich.

2017 und was kommt dann?

Um nach Auslaufen des Verkehrsvertrages einen zuverlässigen und leistungsstarken Betreiber zu haben, müssen in den Jahren 2011/12 grundlegende Entscheidungen getroffen werden.

► Fortsetzung S.2

ENTWICKLUNG DES RANGIER- UND GÜTERBAHNHOFES PANKOW

SPD fordert frühe und umfassende Bürger- und Anwohnerbeteiligung

Auf dem Gelände des ehemaligen Rangierbahnhofs zwischen Berliner Straße und Prenzlauer Promenade will die Krieger Grundstück GmbH ein Möbelhaus, Einzelhandel und einen Park errichten und eine Schule für 1.200 Schülern bereitstellen. Der Stadtentwicklungsausschuss der BVV Pankow hat dem Vorhaben zugestimmt, wenn klare Vorgaben erfüllt werden: Das Einkaufszentrum soll im Osten des Areals stehen und nicht mehr als 30.000 qm Verkaufs-

fläche haben. Die Konkurrenz für die Gewerbetreibenden am Pankower Anger und entlang der Berliner Straße wird damit beschränkt. Auf dem Areal muss ökologisch gebaut werden und der Verkehrszugang darf die umliegenden Quartiere nicht belasten.

Im Antrag der SPD wurde außerdem beschlossen, dass dem Projekt eine umfassende Bürgerbeteiligung vorausgehen wird, deren Ergebnisse im anschließenden Bebau-

ungsplanverfahren zu berücksichtigen sind. Statt nur zu informieren, sollen ein Dialog eröffnet, Kritik und Anregungen aufgenommen werden. Damit beschreitet der Bezirk bundesweit Neuland, denn die Bürger werden nicht mit fertigen Konzepten konfrontiert, sondern können die Entwicklung auf dem Gelände früh und grundlegend mitgestalten.

Alexander Götz,
Kreisvorsitzender der SPD Pankow

► Fortsetzung von S. 1



Die SPD Pankow hat daher eine umfassende Konzeption vorgelegt. Der S-Bahnbetrieb soll völlig neu ausgerichtet werden. Die Bildung einer landeseigenen Gesellschaft ab 2017 würde dabei den direkten Einfluss der Länder und des Verkehrsverbundes Berlin Brandenburg (VBB) auf Angebot und Qualität sichern.

Die Gewinne in dreistelliger Millionenhöhe und Gebühren können dann in Instandhaltung, Wartung, Angebotsverbesserungen und Infrastruktur gesteckt werden und auch die Personalstruktur verbessern. Das neu gegründete Unternehmen kann klare Unternehmensziele anhand eines entsprechenden Leitbildes definieren. Und mit der Direktvergabe kann es die Kredite erhalten, die bis zur Übernahme des Fahrbetriebes eine ausreichende und neu zu entwickelnde Fahrzeugflotte sicher stellen. Geht man von einem Zeitrahmen von fünf Jahren aus, kann eine Betriebsübernahme bis Dezember 2017 vorbereitet werden. Dazu muss das Abgeordnetenhaus bis zum Frühjahr 2012 die Weichen stellen.

Konsequente Umsetzung der begonnenen Regionalisierung

Aber auch im Bund muss die Neuordnung der Netze von Nah- und Regionalverkehr Thema werden. Die SPD Pankow macht sich deshalb für eine Initiative auf Bundesebene stark, die die schienengebundene Infrastruktur neu ordnen und regionale und lokale Eisenbahninfrastruktur in Länder- und Regionalverantwortung sowie in deren Eigentum übergeben soll. Damit würden die wichtigen Zuständigkeiten und Entscheidungen auf gleicher Ebene direkt bei den Auftraggebern und Bestellern der Fahrleistungen angesiedelt werden, auch was die Verantwortung für die Anlagen betrifft. Unterhaltung und Betriebssicherheit werden verbessert und eingenommene Trassenentgelte und Stationsgebühren regional reinvestiert. Der ÖPNV muss schnell wieder zuverlässig und attraktiv werden.

KEIN PLATZ FÜR PANKOWER KITA-KINDER

Jugendamt hinkt bei der Kitaplanung hinterher

Bezirkspolitik fängt vor der Haustür an. Neue Herausforderungen werden vor Ort zuerst wahrgenommen und verlangen Antworten von Bezirksamt und Bezirksverordneten. Eine solche Herausforderung sind zurzeit die Zuzüge junger Familien und die hohen Geburtenraten in mehreren Ortsteilen.

In den vergangenen Monaten mehren sich die Klagen von Eltern auf der Suche nach einem Kitaplatz für ihren Nachwuchs. Manche verstehen die Welt nicht, wenn sie bei drei Kitas und mehr auf einer Warteliste stehen, ohne auch nur bei einer eine Zusage in Aussicht zu haben. Der Kita-Eigenbetrieb NordOst weist auf seiner Website darauf hin, dass sie sich „unter Umständen nur auf eine ‚Vormerkliste‘ setzen lassen können, bis wieder ein Betreuungsplatz frei geworden ist“. Wer es sich leisten



Noch viele Pankower Kinder warten auf einen Kita-Platz

kann, bezahlt eine Tagesmutter. Aber auch bei denen wird es inzwischen eng.

Ursache dafür ist eine Fehlsteuerung des bezirklichen Jugendamtes. Den Kitas in Berlin fehlt zwar Personal, viele gut ausgebildete Erzieherinnen und Erzieher wandern ab. Und dennoch muss der Bezirk Pankow ausreichende Kitaplätze anbieten! Das ist gesetzlich so

vorgesehen. Wenn Kitaplätze vor Ort fehlen, dann hat die Kitaplanung versagt. Die zuständige Stadträtin Christine Keil (Die Linke) erklärte der Presse kürzlich, dass der Versorgungsgrad aktuell bei 77% liege und mittelfristig 800 Kitaplätze fehlten. In den nächsten zwei Jahren verlassen jeweils 3.400 Kinder die Kitas, 4.100 drängen neu hinein. Deshalb sollen – so Keil – bestehende

Standorte ausgeweitet und die Neugründung von Kinderläden unterstützt werden. Diesen Vorschlag macht die Stadträtin nicht zum ersten Mal. Ihr Jugendamt reagiert viel zu verhalten auf die Kleinkinderschar und leistet kaum mehr als eine Bestandsaufnahme. So hinkt es der Entwicklung hinterher, anstatt planvoll zu agieren.

Ein neu geschaffenes Koordinationsgremium der Senatsbildungsverwaltung kann helfen, indem es die berlinweite Verteilung der Kitaplätze in den Blick nimmt. Vielleicht kann das Jugendamt Pankow hier auch von anderen Bezirken lernen. Es muss endlich seine Verantwortung für die Kitaplanung voll wahrnehmen!

Sabine Röhrbein, Vorsitzende der SPD-Fraktion in der BVV Pankow

Kita-Übersicht im Internet: www.kiezatlas.de/pankow/

MINDESTLOHN FÜR ALLE!

Wie die Pankower SPD schon 2005 den Weg wies!

2005 verfasste die SPD Helmholtzplatz das bundesweit erste Strategiepapier zum Thema „Gerechte Teilhabe durch echten Mindestlohn“. Schon zum damaligen Zeitpunkt thematisierte sie, dass viele Menschen mit einer regelmäßigen Vollzeitarbeit in Armut leben müssen und auf staatliche Hilfe angewiesen sind. Das widerspricht dem sozialdemokratischen Gesellschaftsverständnis. Die SPD steht für die soziale Marktwirtschaft und nicht für einen entfesselten Heuschreckenkapitalismus.

Wie ist die Situation heute?

Der von der schwarz-gelben Regierung beschworene Aufschwung auf dem Arbeitsmarkt erfolgt vor allem auf Kosten der Menschen, die einer prekären Arbeit nachgehen müssen und davon nicht leben können. Die stetige Verschlechterung der Arbeitsverhältnisse ist an der Tagesordnung. Schon heute droht jedem zehnten Erwachsenen die Privat-

solvenz. Die Selbstregulierung des Marktes setzt ein Gleichgewicht zwischen den Sozialpartnern voraus. Dieses Gleichgewicht ist heute aber gestört. Deshalb gibt es Löhne und Tarife, die zum Teil so niedrig sind, dass Millionen Arbeitnehmer zusätzlich Transferleistungen beziehen müssen. Branchentarife werden zusätzlich durch Leiharbeitsfirmen unterlaufen.

Sicherlich hat Leiharbeit Vorteile für die Volkswirtschaft, denn damit kann die Produktion zeitnah dem Markt angepasst werden. Das aber muss es den ausleihenden Firmen auch wert sein und deshalb will die SPD eine Entlohnung und Absicherung der Leiharbeiter nach dem französischen Modell: Leiharbeiter sollen das gleiche Grundgehalt wie Festangestellte zusätzlich einer Prekaritätsprämie erhalten. Damit sichern Leiharbeiter die notwendige Flexibilität der Wirtschaft und erhalten einen angemessenen Ausgleich für die Beschäfti-

gungsunsicherheit, ohne Festangestelltenverhältnisse im Unternehmen zu gefährden.

Wie wirkt sich der Mindestlohn auf die Wirtschaft aus?

Die SPD sieht sich allen Wirtschaftsakteuren gegenüber in der Verantwortung. Hätte die Einführung eines Mindestlohns negative Auswirkungen für die Unternehmen? Der Faktor Arbeit stellt oft nur noch einen (sehr) geringen Anteil an den Kosten des gesamten Produktes. Heute exportiert Deutschland fast genau so viel wie China (mit ca. 15-mal mehr Einwohnern), obwohl die Durchschnittslöhne dort häufig weit unter einem Euro pro Stunde liegen. Eine gerechte Entlohnung schränkt Industrie-Exporte also nicht ein. Vielmehr entscheiden Bildung und Forschung über Produktinnovationen und nachhaltigen Exporterfolg.

Auf dem Binnenmarkt sehen sich Firmen, die sozial verantwortliche Löhne bezahlen,

aber in der Tat von Firmen, die Lohndumping betreiben, in eine Abwärtsspirale gezwungen. Deshalb setzt sich die SPD dafür ein, dass Freiberufler, Handwerker und innovative Betriebe, die gerecht bezahlen, nicht von Firmen mit sittenwidriger Bezahlung aus dem Markt gedrängt werden. Das gilt umso mehr, wenn Dumping-Löhne vom Staat bzw. dem Steuerzahler subventioniert werden, wie heute unter Schwarz-Gelb üblich.

Die SPD fordert die sofortige Einführung eines bundesweiten, einheitlichen und branchenübergreifenden Mindestlohns von mindestens 8,50 Euro, der deutlich über dem Sozialminimum liegt und Arbeit für alle Menschen attraktiv macht, der die Sozialbudgets von Bund und Kommunen entlastet und dem Heuschreckenkapitalismus auf dem Arbeitsmarkt ein Ende setzt.

Dr. Laurent Joachim, SPD Helmholtzplatz

EIN PANKOW DER GENERATIONEN!

Ein Gespräch mit Sandra Scheeres, familienpolitische Sprecherin der Berliner SPD-Fraktion

Pankow ist heute bundesweit bekannt dafür, ein familienfreundlicher Bezirk zu sein. Und so zieht es viele Familien und solche, die es werden wollen, gezielt nach Pankow. Doch dieser Zuzug hat Folgen: Allein in Prenzlauer Berg gab es seit der Wende einen Bevölkerungsaustausch von rund 70%. Pankow ist aber auch zu einem Bezirk junger berufstätiger Singles, Eineltern- und Regenbogenfamilien geworden. Damit einhergegangen ist ein anhaltender Wegzug der alteingesessenen Bevölkerung. Neben der viel diskutierten sog. „Gentrifizierung“ verbindet sich damit gerade für Familien ein Umstand, den die Pankower SPD zu einem Kernanliegen ihrer Politik gemacht hat. In einem ausführlichen Positionspapier entwickelten die Sozialdemokraten bezirks- und landespolitische Forderungen. - Angestoßen wurde diese Initiative neben Anderen von der jugend- und familienpolitischen Sprecherin der SPD-Fraktion im Berliner Abgeordnetenhaus, Sandra Scheeres. PANKOWER STIMME sprach mit ihr über ein Pankow der Generationen.



Sandra Scheeres, jugend- und familienpolitische Sprecherin der SPD-Fraktion im Abgeordnetenhaus

befragung, die das BÜNDNIS FÜR FAMILIE PANKOW Anfang des letzten Jahres durchgeführt hat - in den Familien eine wichtige aktive Rolle. Sie unterstützen ihre erwachsenen Kinder und deren Kinder bei Kinderbetreuungslücken, helfen ihnen bei der Erledigung von Hausarbeiten und Einkäufen, unterstützen die Enkelkinder bei Hausaufgaben. Umgekehrt wäre ihre Pflege und damit verbunden ihre aktive gesellschaftliche Teilhabe ohne die Unterstützung ih-

Alter für den Renteneintritt ist, dann fehlt es mir dabei, diese familiäre, nachbarschaftliche oder auch ehrenamtliche Mitarbeit mitzudenken und wertzuschätzen. Die Frage, wann es richtig ist, beruflich kürzer zu treten, lässt sich gar nicht für jeden Menschen gleich beantworten.

Ältere Menschen möchten vielleicht etwas kürzer treten, ohne ihr aktives gesellschaftliches Leben aufzugeben. Deshalb müssen wir noch mal alles - Wohn-

arbeitet und innerhalb der Pankower SPD diskutiert haben.

Nun ist das ein Antrag, der ja nicht nur hier in Pankow sinnvoll ist. Warum also gerade ein generationengerechtes Pankow?

Da haben wir uns ein Beispiel an der Idee der LOKALEN BÜNDNISSE FÜR FAMILIE genommen: Die Frage des Zusammenlebens der Generationen ebenso wie der Familien allgemein kann nicht überall und pauschal gleich diskutiert werden. Deshalb ist es sinnvoll, damit unter lokalen Gesichtspunkten zu beginnen. Aber unser Papier kann da gerne als Vorlage genutzt werden.

Pankow muss aber die Frage des Miteinanders der Generationen vor allem deshalb an sich selbst richten, weil es hier eine hohe Bevölkerungsfluktuation gibt. Deshalb liegt dem Papier zu Beginn erst einmal eine ausführliche Analyse zugrunde.

Viele „gewachsene“ Familien leben nicht mehr nahe beieinander, ganz besonders betrifft das den Prenzlauer Berg, in dem es einen anhaltend hohen Austausch gibt.

davon auffangen. Eine aktive Initiative in diese Richtung ist das Mehrgenerationenhaus in Wilhelmsruh. Aber ich fände es zum Beispiel auch toll, wenn die ergänzenden praktischen Angebote an den neuen Sekundarschulen, das sogenannte Duale Lernen, nicht nur für Berufspraktika und handwerkliches Arbeiten, sondern ganz besonders gezielt für einen solchen sozialen Kontakt genutzt würden. Schülerinnen und Schüler könnten viel von erfahrenen Seniorinnen und Senioren lernen.

Gleichzeitig könnten diese einen besseren Einblick in die Lebenswelt junger Menschen erhalten. Der Austausch der Generationen und damit verbunden das Verständnis füreinander werden so gefördert.

Was erhoffen Sie sich von diesem Papier? Was könnte dabei herauskommen?

Aus Pankow sind bisher schon einige gute Impulse gekommen, gerade für Familien. In Pankow ist alles rund um Familien gut organisiert und gut im Blick. Da passt dieser

Pankower Stimme: Frau Scheeres, Sie haben im letzten Jahr gezielt sehr unterschiedliche Akteure innerhalb Ihrer Partei angesprochen, um ein Leitbild zu entwerfen für ein Pankow der Generationen. Was waren Ihre Grundüberlegungen dafür?

S.Scheeres: Beruflich wie politisch bin ich schon lange mit Familien, Kindern und Jugendlichen befasst, aber auch in meiner Arbeit im Abgeordnetenhaus und durch das BÜNDNIS FÜR FAMILIE PANKOW. Dabei ist nicht nur mir aufgefallen, dass ältere Menschen gar nicht mehr so richtig mit ihrer Rolle in der Familie wahrgenommen werden.

Das heißt nicht, dass es nicht viele gute Angebote für sie gibt, gerade hier in Pankow. Aber bei den meisten bleiben die Seniorinnen und Senioren unter sich. Und auch in der Konzeption dieser Angebote ist oft der generationsübergreifende Aspekt gar nicht berücksichtigt. Im tatsächlichen Leben spielen ältere Menschen – das wissen wir über die große Familien-



Sandra Scheeres und der Berliner SPD-Vorsitzende Michael Müller zu Besuch in der Kurt-Tucholsky-Sekundarschule in Pankow

rer Kinder gar nicht denkbar. Das wiederum wissen wir aus den Diskussionen rund um den Pflegenotstand. Wenn wir heute immer wieder darüber diskutieren, wann genau das richtige

situation, Verkehrssituation, Sicherheit, Kontakt zur eigenen, aber auch zu Nachbarfamilien - unter diesem Gesichtspunkt auf den Prüfstand stellen. Die Basis dafür haben wir gelegt, indem wir ein Papier dazu ausge-

Das heißt, wir müssen gezielt Angebote schaffen, damit sich Alt und Jung häufiger begegnen, auch wenn sie nicht miteinander verwandt sind. Nachbarschaft kann – und tut es heute oft auch schon – viel

Selbstauftrag sehr gut hin. Er sollte wegweisend sein für alle Generationen und die Bereitschaft fördern, mehr miteinander zu leben.

Das Interview führte Martina Krahl

WIE KANN BÜRGERBETEILIGUNG FUNKTIONIEREN?

von Matthias Köhne, Bezirksbürgermeister Pankow

Über den Sinn und die Notwendigkeit von Bürgerbeteiligung wird heute keine Partei ernsthaft streiten. Es ist allerdings ein Irrglaube anzunehmen, dass Bürgerbeteiligung ein Verfahren garantiert, an dessen Ende ein Ergebnis steht, mit dem alle Beteiligten zufrieden sind. Dabei geht es nicht nur um das Ringen zwischen Staat und Bürgerschaft, auch innerhalb der Bürgerschaft gibt es immer unterschiedliche Interessen.

Deutlich wird das u.a. an einem Beispiel aus Pankow-Heinersdorf: Der verkehrlich hoch belastete Ortskern soll durch den Bau einer Umgehungsstraße entlastet werden, das fordern die Anwohnerinnen und Anwohner im Ortskern. Die von der Trasse der neuen Umgehungsstraße Betroffenen lehnen die dagegen ab. Was für ein Ergebnis einer Bürgerbeteiligung wäre hier zu erwarten? Auf jeden Fall gibt es nicht das *eine* Bürgerinteresse - es gibt mehrere davon und die Pflicht von verantwortungsvoller Politik ist, am Ende eines Prozesses abzuwägen und zu entscheiden.

Welchen Wert die Bekenntnisse der politischen Parteien zur Bürgerbeteiligung haben, hängt oft davon ab, ob sie sich in der Verantwortung oder in der Opposition befinden und zeigt sich dann erst in konkreten Auseinandersetzungen. Die Diskussionen über den Umbau und die Gestaltung der Kastanienallee im Prenzlauer Berg sind nicht das

erste Beispiel für Grenzen und Möglichkeiten der Bürgerbeteiligung in unserem Bezirk. Selten hat ein derartiger Konflikt allerdings eine so große Medienöffentlichkeit erreicht wie dieser. Das mag viele Gründe haben. Einer ist sicherlich die politische Konstellation: Sind es doch in der Vergangenheit immer die Bündnis-Grünen gewesen, die ein höheres Maß an Bürgerbeteiligung eingefordert haben. Diesmal richtete sich die Forderung nach mehr Bürgerbeteiligung jedoch gegen den grünen Stadtrat für Öffentliche Ordnung. Im Ergebnis ist festzuhalten, dass die Grünen einen hohen Anspruch vertreten, aber in der Realität oft nicht anders argumentieren und handeln als diejenigen, gegen die sie sich in der Opposition gewendet haben. Das hat auf allen Seiten und bei allen Beteiligten für große Enttäuschung gesorgt.

Um Enttäuschungen bei den Bürgerinnen und Bürgern zu vermeiden, ist von Anfang an Verbindlichkeit gefragt. Am Beginn eines Umgestaltungsprozesses im öffentlichen Raum - ob Straße, Grünanlage, Spielplatz oder ein anderes Bauvorhaben - müssen die Bürger beteiligt, die Rahmenbedingungen offen gelegt und die Spielregeln definiert werden. Diese müssen von allen nicht nur abstrakt akzeptiert werden, sondern gerade im weiteren Verlauf der Diskussionen und Entscheidungen. Und das auch dann, wenn einem ein Ergebnis mal nicht

passt. Diejenigen, die sich nicht durchgesetzt haben, können nicht im Nachhinein das Bürgerbeteiligungsverfahren per se in Frage stellen. Zur Ehrlichkeit gehört auch, dass Bürgerbeteiligung Grenzen hat. Wer den Eindruck erweckt, man könne über die Standfestigkeit von Bäumen, die Sicherheit von Spielgeräten oder vorhandenes Baurecht für private, umstrittene Vorhaben wie z.B. für eine Moschee abstimmen, weckt Hoffnungen, erntet Enttäuschung und macht sich zudem politisch unglaubwürdig.

Wir können froh sein, wenn sich immer mehr Menschen aktiv in die Pankower Kommunalpolitik einbringen. Es gibt bereits heute schon zahlreiche Möglichkeiten, die gerade in Pankow über das gesetzlich vorgeschriebene Maß hinausgehen. Dass dieses Engagement an den politischen Parteien vorbei geschieht - manchmal sogar bewusst gegen sie - zeigt, dass die Parteien immer mehr ein Legitimationsdefizit haben. Es mangelt in Pankow und auch sonst nicht so sehr an Möglichkeiten der demokratischen Mitwirkung als vielmehr der Verankerung der politischen Parteien in der Bevölkerung. Es bleibt viel zu tun: Bezirkliche Politik, Mieter, Anwohner und Nachbarn müssen gemeinsam für den Schutz der Wohnanlage kämpfen. - Pankower Sozialdemokraten haben vor Ort verdeutlichen können, dass sie an der Seite der Mieter stehen.

PANKOWER SOZIALDEMOKRATEN ZU BESUCH BEI DEN PARISER SOZIALISTEN



Assemblée nationale

Zum fünften Mal jährt sich die im Jahre 2006 zwischen der SPD Berlin und der Parti Socialiste (PS) Paris geschlossene Partnerschaft. Beide Parteien vereinbarten damals einen regelmäßigen Austausch. Ziel des politischen Austausches ist es insbesondere, voneinander zu lernen. Und so standen auch die diesjährigen Begegnungen der deutschen Delegation mit den französischen Freunden in Paris ganz im Zeichen, von den Erfahrungen der dortigen Mandatsträger, aber auch der Mitglieder der PS zu lernen.

Das Besondere des Austausches in diesem Jahr war der Berliner SPD-Landesvorsitzende Michael Müller, der mitreiste. Auch er nahm an den zentralen Diskussionsrunden zur Stadtentwicklungspolitik teil und beide Seiten konnten

ihre Erfahrungen äußern und sich wieder wichtige Impulse für ihre eigene Regierungsarbeit geben. Derzeit wird in Paris der Umbau und die Renovierung des zentralen Einkaufszentrums und Verkehrsknotenpunkt Les Halles diskutiert. In einer Ausstellung zum Thema wurde der Delegation das Gesamtprojekt erläutert, welchem mit einem Gesamtbudget von ungefähr 700 Millionen eine übergeordnete Bedeutung zufällt.

RW



Die Pankower Delegation bei der Parti Socialiste in Paris

MIETERSCHUTZ IN ALT-PANKOW

Die Bezirksverordnetenversammlung Pankow hat eine Initiative zum Mieterschutz im Sanierungsgebiet Wollankstraße beschlossen. Angestoßen wurde diese von der SPD-Fraktion. Dabei werden dem Bezirksamt Pankow mit einer Erhaltungsverordnung Vorgaben gemacht, dass bauliche Maßnahmen nur unter der Bedingung zugelassen werden, wenn sie die dort üblichen Standards nicht deutlich überschreiten. Der Florakiez wird gerade immer mehr von gut ausgebildeten und verdienenden Bürgern entdeckt. Damit aber befürchtet die BVV deutliche Auswirkungen auf das Mietniveau und die Verdrängung

alteingesessener Mieter. Laut einer Sozialstudie für das auslaufende Sanierungsgebiet Alt-Pankow wären ohne diese beschlossene Erhaltungsverordnung bis zu 40% aller Mieter gefährdet. Damit macht die Pankower SPD-Fraktion einmal mehr deutlich, dass der Mieterschutz ein zentrales politisches Anliegen für sie ist, das sie wiederholt in der BVV auf die Agenda gesetzt hat und auch in Zukunft setzen wird. Zuwachs und Wandel seien erfreulich und zu begrüßen, so der Pankower Bezirksverordnete und Vorsitzende der SPD Alt-Pankow, Jens Peter Franke, aber nur mit dem ausreichenden Schutz der alteingesessenen Mieter.



Der Stein des Anstoßes: die Bauarbeiten auf der Kastanienallee

MAUERPARK FERTIGSTELLEN

Die Bürgerwerkstatt arbeitet trotz des ruhenden Bebauungsplanverfahren weiter

Ein von dem Grundstückseigentümer der Mauerparkflächen auf der Weddinger Seite, der Vivico, ausgelobter städtebaulicher Wettbewerb sollte für die Formulierung eines Bebauungsplans wichtige Anregungen vermitteln. Die im Februar vorgestellten acht Architektur-entwürfe wurden jedoch von den am Verfahren beteiligten Delegierten der Bürgerwerkstatt nicht akzeptiert. Vor allem aus diesem Grund ruht derzeit das Bebauungsplanverfahren. Es gibt keine Mehrheit für dessen Verabschiedung in der Bezirksverordnetenversammlung Mitte.



Auch dieses Jahr hat das Karaoke im Mauerpark wieder begonnen

Die Bürgerwerkstatt, als Gremium zur Grünflächenplanung paritätisch aus Pankower und Weddinger Vertretern zusammengesetzt, will einen lebendigen großen Park, der sich

nicht mit der umfangreichen Bebauung verträgt, wie sie die Entwürfe vorsehen. Auch eine moderate Randbebauung wäre für die Bürgerwerkstatt nur ein mit Bauchschmerzen zu tragen-

der Kompromiss, um im Gegenzug die Parkerweiterung um sechs Hektar zu erhalten. Die Grünflächenplanung auf der Grundlage des Entwurfs von Prof. Gustav Lange ist fortge-

schritten. Die Bürgerwerkstatt wird deshalb zusammen mit der Grün-Berlin GmbH und Prof. Lange weiter an der Erstellung einer Freiraumplanung arbeiten, die für die Anwohner bei-

derseits des Mauerparks akzeptabel ist. Eine solche Blaupause zur Fertigstellung des Mauerparks kann dann Grundlage für öffentliche Diskussionen und politische Entscheidungen sein. Ob als Tauschgeschäft mit der Vivico – Baurecht nörd- und südlich des Gleimtunnels gegen sechs Hektar Freifläche im Süden -, ob über den Versuch einer „Weltbürgerparkstiftung“, die 10 Millionen € zum Ankauf der Weddinger Flächen sammeln möchte oder ob durch das Land Berlin, das die Flächen erwerben sollte: In jedem Fall lohnt es sich für alle Parteien eine schnelle Lösung zur Fertigstellung des Mauerparks zu finden.

Rainer Krüger,
Mitglied der SPD Falkplatz-
Arnimplatz und des Bürgervereins
Gleimviertel, Delegierter der
Bürgerwerkstatt

SPD FÜR OFFENE VERKEHRSPLANUNG IN KAROW UND BUCH

Spekulationen über einen Autobahnanschluss stoßen auf nachhaltigen Widerstand

Im Zuge des Ausbaus der Autobahn A10 wird seit einigen Monaten ein möglicher Anschluss an der Karower/Bucher Chaussee kontrovers diskutiert. Initiiert durch den Forschercampus Buch und unterstützt durch die CDU soll der vermeintlich unzureichend angeschlossene Berliner Norden einen weiteren Autobahnanschluss erhalten, um den Weg in die Berliner Innenstadt und das

Brandenburger Umland zu verbessern. Auch die wachsende Anzahl von Unternehmen des Biotechnologiesandortes Buch hält einen Anschluss für „essentiell“.

Anwohnerbelastung enorm

Der Plan ist jedoch umstritten. Im Sommer 2010 gründete sich nach wachsendem Unmut der Anwohner eine Bürgerinitiative, die mit guten

Gründen eine Autobahnauffahrt ablehnt. Insbesondere der Sinn des Anschlusses wird in Frage gestellt: „Jeden Morgen kann man beobachten, dass der Großteil der Pendler aus dem Brandenburger Umland und Nord-Pankow in die Innenstadt will, also von Nord nach Süd fährt. Die A10 ist jedoch eine Ost-West-Verbindung und hätte für den Großteil der Pendler überhaupt keinen praktischen

Nutzen.“, so Carsten Reichert von der Bürgerinitiative. Die bereits heute stark ausgelastete Karower/Bucher Chaussee würde als Zubringer den zusätzlichen ostwärts fahrenden Verkehr wohl kaum bewältigen können, wenn auch sie nicht ausgebaut werden würde. In jedem Fall träfen die zusätzlichen Lärm- und Abgasbelastungen die dicht besiedelten Wohngebiete in Karow, Buch sowie Blankenburg – und damit zahlreiche Anwohner. Zudem besteht für den Berliner Abschnitt seit Februar 2009 ein Planfeststellungsbeschluss, bis zu dessen Erlass Änderungswünsche hätten geäußert werden können. Die Einwohner hatten sich seit der Auslegung der Planungsunterlagen im Frühjahr 2008 rege an der Planung beteiligt und so eine durchgehende Erhöhung der Schallschutzwände auf nun 7,50 m erreicht. Mit einem Autobahnanschluss wäre mitten im Wohngebiet diese Lärmbarriere wieder unterbrochen.

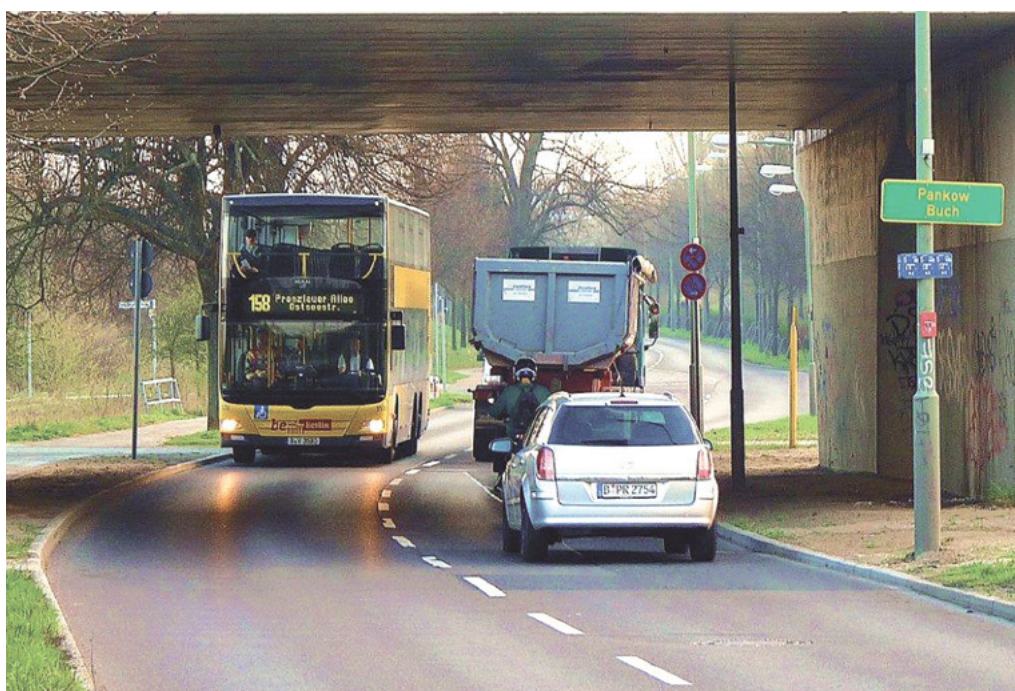
empirische Grundlage – eine Verkehrsuntersuchung gibt es nicht. Daher setzt sich die SPD Pankow mit den betroffenen Ortverbänden Karow-Buch und Französisch Buchholz für eine Änderung des Wahlprogrammes der Berliner SPD ein.

Statt eines Autobahnanschlusses soll nun eine „optimale Verkehrsanbindung“ für Karow und Buch gefordert werden. Denn eine vorschnelle Entscheidung für die A10-Auffahrt würde mit hoher Wahrscheinlichkeit das Aus für den seit langem geforderten Lückenschluss der Bundesstraße 2 bedeuten. Sicher ist nur, dass ein Autobahnanschluss mehr Nach- als Vorteile bedeuten würde.

Für Nord-Pankow bedarf es eines gut geplanten, für Anwohner und Gewerbetreibende akzeptablen und nicht politisch motivierten Verkehrskonzeptes. Die SPD setzt sich daher für die Erstellung eines Verkehrsgutachtens ein, um eine optimale Verkehrsanbindung im hohen Norden Pankows zu gewährleisten.

SPD gegen Schnellschüsse

Größtes Manko der Diskussion ist jedoch die fehlende



An dieser Autobahnbrücke zwischen Karow und Buch sollte der A-10-Anschluss entstehen

MEIN TAG IN DER SENIORENSTIFTUNG PRENZLAUER BERG

Mein Praxistag in der Seniorenstiftung Prenzlauer Berg beginnt um 6.00 Uhr morgens. Netter Empfang und ich durfte gleich bei der Morgenpflege von drei BewohnerInnen helfen. Liebevoll waschen, erzählen und umarmen und immer unter Druck. Der nächste klingelt schon und will auch den Tag beginnen, kann es ohne Hilfe aber nicht. Und dann Vorwürfe, man würde ja oft vergeblich um Hilfe rufen.

Der Frust über den gerade erlittenen Schlaganfall muss auch ausgehalten werden. Pflegestufe 1, das sind gerade mal 412 Euro pro Monat, dafür kann man eigentlich nicht so viel leisten. Es gelingt, heute gibt es eine positive Grundstimmung. Die Räume sind hell, die Sonne scheint rein. Die Fernseher laufen laut. Dann darf ich nacheinander an drei Frühstücksrunden teil-

nehmen und werde freundlich und interessiert empfangen. Wer ist hier der Alterspräsident? 97, einziger Mann in der Runde, eher nörgelnd. Ein Geburtstagskind zur Feier des Tages in schönem Rot gekleidet, eine reine Frauenrunde. Eine ehemalige Kindergärtnerin schwärmt von ihrem Beruf. In der dritten Runde gibt es Männerüberschuss, sie wollen richtig politisch diskutieren. Warum SPD? Wowereits Plan kommt an, die Kultur als den wesentlichen Schatz der Stadt auszubauen, die Attraktivität Berlins zu steigern und damit auch eine Grundlage für die Ansiedlung von mehr Wirtschaftsunternehmen zu bieten. Ich bin Ingenieur. Eigentlich habe ich es mehr mit Zahlen.

Aber die Kultur in Berlin ist wie der Hafen in Hamburg. Wir überlegen, wie es gelingen kann, dass der vorhan-

dene Wohlstand so verteilt wird, damit eine Pflege wie hier für alle möglich ist. Denn eins zeichnet sich ab: Es wird immer mehr Pflegebedürftige geben und unter den gegebenen Bedingungen wird es schwierig, ausreichend Pflegepersonal zu bekommen. Die Ein-Euro-Jobber sollen abgezogen werden, die z.B. zu einem Arzttermin außer Haus begleiten. Die Belastung steigt weiter.

Zum Schluss erfahre ich noch, dass der Herr, der sich am aktivsten an der Diskussion beteiligt hat und auch am besten laufen konnte, Palliativ-Patient ist. Er ist hier hergekommen, um möglichst schmerzfrei zu sterben. Auch das kann in der Seniorenstiftung geleistet werden. Es gibt hoch qualifiziertes Personal. Allerdings hat die schwarz-gelbe Regierung überraschend ein Gesetz



© fotolia.de

beschlossen, wonach diese spezialisierte Palliative Versorgung (SAPV) nur ambulant erbracht wird. Und so wurde hier vergeblich investiert. Hoffentlich bleibt die mit großem Einsatz geschaffene positive Grundstimmung erhalten. Letztendlich müssen

auch die Rahmenbedingungen stimmen, denn sonst wird selbst die größte Einsatzbereitschaft eines jeden Einzelnen abgewertet.

Nikolaus Karsten, Direktkandidat für das Abgeordnetenhaus Prenzlauer Berg Ost und Weißensee

99 JAHRE WAFFELPRODUKTION IN PANKOW

Seit 1912 produziert die SPREEwaffel Berlin als Traditionsunternehmen in Familienhand. Das Unternehmen ist mitten in Pankow in der Thulestraße. Als zuständige Abgeordnete für Pankow-Süd besuchte Sandra Scheeres den Betrieb zusammen mit dem Pankower Bezirksbürgermeister Matthias Köhne und informierte sich vor Ort über die erfolgreiche Arbeit der Traditionsfabrik. Für die Anwohner in Pankow-Süd um die Neumannstraße gehört der Geruch von Waffelbrot zum Alltag einfach dazu. Vor 99 Jahren begann Firmengründer Reißmann die Produktion von feinsten Krustaden, aber auch Waffelbroten und Eiswaffeln. In den 70er Jahren wurde der Familienbetrieb „volkseigen“ und stellte seine Produkte vor allem für die Mitropa der Deutschen Reichsbahn her. Vielen Ostberlinern ist das Berliner Knusperbrot und der Berliner Schaumkuss noch in guter Erinnerung. Nach der Wende wurde der Betrieb 1992 wieder privatisiert und ging zurück in Familienhand. Doch mit Ausnahme des beliebten Schokokusses, dessen Herstellung im



Sandra Scheeres und Matthias Köhne bei SPREEwaffel

Jahr 2000 zum Bedauern aller eingestellt wurde, hat sich in der Thulestraße äußerlich wenig verändert. Ein großer Teil der Belegschaft arbeitete hier schon zu DDR-Zeiten und so ist der Anteil älterer Arbeitnehmer signifikant hoch. Hans Joachim-Richter, der Enkel des Firmengründers, ist als Geschäftsführender Gesellschafter ein Unternehmer der bescheidenen Art. Richter macht sich Sorgen um die Zukunft der kleinen Unternehmen in der Stadt. SPREEwaffel Berlin muss dem Druck großer Süßwarenhersteller ebenso wie den Han-

delsketten begegnen. Die Rohstoffpreise auf dem Weltmarkt steigen rasant und so stellt sich die Frage: Wie noch erfolgreich produzieren und gleichzeitig Lohndumping vermeiden? Richter will dieses Spiel nicht mitmachen. In seinem Unternehmen schaffte er Niedriglohngruppen ab. Seine rund 30 Mitarbeiter werden übertariflich bezahlt, denn - so weiß auch der Chef - irgendwer muss die Produkte auch noch kaufen können! Dass die Mitarbeiter seine Art schätzen, zeigt das gute Betriebsklima. Der Betrieb trotz der Wirtschaftskrise

wacker. Er hat rechtzeitig in neue Maschinen investiert, um effizienter wirtschaften zu können. Das Sortiment wurde erweitert, stellt jetzt auch Bio-Produkte her und reagiert auf aktuelle Trends.

Aber auch andere Probleme machen dem Unternehmen zu schaffen. War das Viertel viele Jahrzehnte vor allem gewerblich, ist der Kiez heute eine beliebte, ruhige Wohngegend. Da gibt es hin und wieder Konflikte bei der Anlieferung, wenn mal eine Einfahrt zugeparkt wird. Doch trotz aller Widrigkeiten stehen die Anwohner

zu ihrem kleinen Traditionsunternehmen, dessen Knusperbrot sie noch immer beim Laden um die Ecke erwerben können. Auch das Vorhaben einer Projektgesellschaft macht dem Unternehmen aktuell große Sorgen: Die will in unmittelbarer Nähe hochwertige Wohnprojekte realisieren.

Richter sieht dadurch den Betrieb gefährdet, verschlechtert sich neben den schwierigen Anfahrtsmöglichkeiten damit auch die Durchlüftung. Sandra Scheeres und Matthias Köhne sind der Meinung, dass man das nicht einfach so hinnehmen kann. Sie wollen dem mittelständischen Unternehmen helfen, damit die Arbeitsplätze im Bezirk bestehen bleiben.

Köhne und Scheeres geben sich zuversichtlich, eine einvernehmliche Lösung zu finden. Denn niemand will in den nächsten Jahren auf sein Knusperbrot verzichten und alle würden gerne im kommenden Jahr mit dem Familienunternehmen auf erfolgreiche 100 Jahre zurückblicken.

FB

100 JAHRE ESPERANTO-ARBEITER-VEREIN

Feier zu Ehren des Esperantisten und Sozialdemokraten Adolf Sproeck (1890-1978)

Schon 1907 lernte Adolf Sproeck die heute weltweit verbreitete internationale Sprache Esperanto. Er leitete seine ersten Kurse für Arbeiter und wurde 1911 Vorsitzender der Arbeiter-Esperantisten-Vereinigung Groß-Berlin, die sich dem im April gegründeten Deutschen Arbeiter-Esperanto-Bund (DAEB) anschloss. Sproeck veröffentlichte zahlreiche Beiträge in den Bundeszeitschriften „Antauen“ (Vorwärts) und „Der Arbeiter-Esperantist“ und war 1922 bis 1927 dort Redakteur. Seit 1912 SPD-Mitglied, vertrat er sozialdemokratische Positio-

nen. 1929 verließ er den AEB und war 1930 Mitbegründer des Sozialistischen Esperanto-Bundes. 1933 wurden die Arbeiter-Esperanto-Organisationen aufgelöst. Nach 1945 war der Handwerksmeister Bezirksverordneter für die SPD in Prenzlauer Berg. 1949 zog er nach West-Berlin. Sein Geschäft in der Gaudystr. 6 wurde 1952 enteignet. Er war 1950 bis 1971 Vorsitzender der Esperanto-Liga Berlin, dem Berliner Landesverband des Deutschen Esperanto-Bundes. Er veröffentlichte originale und übersetzte belletristische Werke in Esperanto.

Für die Veranstaltung am 26. Juni wird seine Biografie ergänzt und eine Ausstellung vorbereitet.

Wer dazu beitragen kann oder sich zur Teilnahme bzw. als Vortragender anmelden möchte, ist willkommen.

(Kontakt: presse@danzigerso.de). Informationen zum Esperanto unter www.esperanto.de bzw. bei der Geschäftsstelle des Deutschen Esperanto-Bundes: Einbecker Str. 36, D-10317 Berlin, Tel. 030 / 69 20 48 460

RW

ELLA-KAY-BÜRGERPREIS

an Verein für Pankow und Freundeskreis der Musikschule Pankow

Die SPD Berlin NordOst vergibt seit 2010 den Ella-Kay-Bürgerpreis und setzt damit ein Zeichen für das Ehrenamt. Dieses Jahr vergab sie den mit je 200 € dotierten Preis gleichzeitig an den VEREIN FÜR PANKOW E.V. und an den FREUNDESKREIS DER MUSIKSCHULE PANKOW E.V.

„Der Verein FÜR PANKOW und der FREUNDESKREIS DER MUSIKSCHULE PANKOW stehen für die Breite und Vielfalt gesellschaftlichen Engagements im Altbezirk Pankow. Wir haben uns deshalb ganz bewusst für beide entschieden. Der Verein FÜR PANKOW stellt mit seinen zahlreichen Aktivitäten in der Kultur- und Netz-

werkarbeit so etwas wie den Prototyp und das Multitalent der bürgerschaftlichen Initiativen dar. Der FREUNDESKREIS DER MUSIKSCHULE PANKOW wiederum schafft mit seiner Arbeit wichtige Voraussetzungen für das kulturelle Leben und die musische Bildung. Zusammen veranschaulichen sie die Lebendigkeit der Bürgergesellschaft im Altbezirk Pankow und darüber hinaus“, so der SPD-Kreisvorsitzende Alexander Götz in seiner Laudatio.

Der VEREIN FÜR PANKOW E.V. versteht sich selbst als ehrenamtliche Unterstützung aller Projekte, die in Pankow zur Erhaltung und Steigerung

der Lebensqualität für Einwohner und Gäste beitragen. Dabei greift er Bürgeranliegen, Ideen und Vorschläge auf und unterstützt deren Umsetzung. Vor allem das kulturelle Leben und der Erhalt von Pankower Bauten stehen im Mittelpunkt des Vereinsinteresses. Wenn notwendig, nimmt er auch aktiv Einfluss auf die kommunale Politik.

Der FREUNDESKREIS DER MUSIKSCHULE PANKOW setzt sich u.a. dafür ein, dass begabte Kinder auf jeden Fall ihre Chance auf eine musikalische Ausbildung bekommen.

Der Ella-Kay-Preis wird jährlich vergeben. Er erinnert an die sozialdemokratische Politikerin Ella Kay, die seit den 20er Jahren in der Berliner Verwaltung und Politik aktiv und von 1925 bis 1933 Leiterin des Jugendamtes in Prenzlauer Berg war. Von den Nazis 1933 aus dem Amt entlassen und verfolgt, nahm sie 1945 ihre Arbeit im Jugendamt Prenzlauer Berg wieder auf und wurde 1947 Bürgermeisterin des Bezirks. Von 1958 bis 1968 gehörte sie dem West-Berliner Abgeordnetenhaus an.



A.Götz, Pankower SPD-Kreisvorsitzender, und S. Röhrbein, Vorsitzende SPD-Fraktion BVV, bei der Preisübergabe

STRASSENLEXIKON: Schönhauser Allee



Das Hochbahnviadukt der U2 – hier U Eberswalder Straße – ist typisch für die Schönhauser Allee

Nicht viele Straßen Pankows tragen ihren alten Namen. Und obwohl die „Schönhauser Allee“ auch dem heutigen Sprachgebrauch entspricht und dank Wladimir Kaminers liebevoller Hommage heute bundesweit in aller Munde gekommen ist, trägt sie ihren Namen doch schon seit 1841. Wurde sie vormals als Schönhausensche Landstraße oder Chaussee nach Pankow bezeichnet trägt sie augenscheinlich – wie zahlreiche Straßen und allgemein eher unbekannt – ihren Namen nach dem vom Zentrum aus zu erreichenden Ort. In diesem Falle nicht Niederschönhausen, sondern das Schloss Schönhausen.

Seitdem Kurfürst Friedrich III. (der spätere erste preußische König) 1691 der Familie Grumbkow ihr Gutshaus abkaufte und zu einem Schloss ausbauen ließ, lässt sich anhand der Allee Berliner Stadtgeschichte beispielhaft nachvollziehen. Das anfangs bewaldete und landwirtschaftlich genutzte Gebiet, das zumal am nördlichen Rand der noch kleinen Stadt Berlin lag, wurde mit der Zeit von einer Berlin und Pankow verbindenden Landstraße zu einer innerstädtischen Allee. Insbesondere die im 19. Jahrhundert entstandenen und für Prenzlauer Berg prägenden Mietskasernen sowie das 1910-13 erbaute Hochbahnviadukt der U2 bestimmen heute das Erscheinungsbild.

Als staatliche „Protokollstrecke“ fungierte sie dabei gleich zweimal. Nicht nur in der DDR-Zeit, als Staatsgäste vom Stadtzentrum ins offizielle Gästehaus der DDR gebracht wurden, auch im 18. Jahrhundert mussten ausländische Staatsbesucher den Weg über die Schönhauser Allee nehmen. Obwohl Friedrich der Große seine verstoßene Gattin nach Schönhausen abgeschoben hatte, mussten Staatsgäste dem Protokoll entsprechend der Königin ihre Aufwartung machen.

Doch die Jahre der unglücklichen Elisabeth Christine sind in Zeiten der Emanzipation vorüber und die Schönhauser Allee wird wieder als das genutzt, was sie ist: Eine Allee mit mehreren Tram-, Bus- und einer U-Bahn-Linie, mit über 30.000 Fahrzeugnutzern täglich und viel Einzelhandel – und das alles gar nicht frauenfeindlich.

IK

IMPRESSUM

Herausgeber: SPD Kreisverband NO, www.spd-berlin-nordost.de

Auflage: 10.000 Exemplare

ViSdP: Alexander Götz

Redaktion: Martina Krahl (verantwortlich), Lucas Koppehl, Ralf Wedler, Torsten Hilse

Autoren: Rainer Michael Lehmann, Roland Schröder, Alexander Götz, Dr. Laurent Joachim, Sabine Röhrbein, Matthias Köhne, Jens-Peter Franke, Nikolaus Karsten, Rainer Krüger, Fabian Weißbarth

Satz: verbum GmbH

Druck: Druckhaus Schönevide

KINDERTIPP:

MITMACHEN, MITMISCHEN, MEINUNG SAGEN!

U18-WAHL

Liebe junge Wählerinnen und Wähler,

den Jugendlichen eilt fälschlicherweise der Ruf voraus, sie würden sich nicht gerne einmischen. Das stimmt nicht – sie mischen sich vor allem ein, wenn es um ihre eigenen Angelegenheiten geht: ob in der Schule, im Jugendclub oder im Sportverein.

Das beweisen die ständig steigenden Teilnehmerzahlen bei den U-18-Wahlen. Junge Menschen sind politisch interessiert! In Berlin gaben 2009 zur Bundestagswahl 21.696 Kinder und Jugendliche ihre Stimme ab – mehr als je zuvor! Das Projekt U18 wurde 1996 erstmals in Berlin und inzwischen in vielen Bun-

desländern mit wachsendem Erfolg durchgeführt, dieses Jahr bereits in Hamburg und Baden-Württemberg. Es ist mehr als nur ein symbolischer Akt. Mit der Unterstützung vieler engagierter Erwachsener werden in Berlin dieses Jahr vor der Abgeordnetenhauswahl Parteiprogramme für alle verständlich analysiert und demokratische Abläufe erklärt.

Angesichts vieler Nichtwählerinnen und Nichtwähler in allen Altersklassen hat dieses Projekt Vorbildcharakter. Ihr seid die Vorbilder für viele über 18-jährige! Ich wünsche mir, dass Ihr in diesem Jahr die Wahlbeteiligung von 2009 noch toppt! Am 9. September könnt und sollt Ihr Eure Stimmen abgeben.



Auch wenn sie derzeit leider noch nicht in das tatsächliche Ergebnis einfließen, so wird es doch ausgezählt und ausgewertet. Und interessiert natürlich die „große“ Politik, denn die weiß, dass Ihr die Wählerinnen und Wähler von morgen seid. Darauf müssen die Politiker achten!

Übrigens können die 16- und 17-jährigen bei der gleichzeitig stattfindenden Wahl zu den Bezirksverordnetenversammlungen ihre Stimme schon

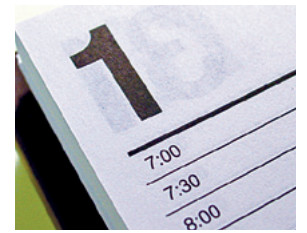
abgeben. Sie zählt mit und das ist wichtig, denn hier vor Ort wird über die Zukunft Deines Jugendclubs oder die Gestaltung von Deinen Freiräumen bestimmt. Also: Einmischen und wählen gehen!

Herzliche Grüße

Euer Fabian Weißbarth,
Jusos NordOst

Mehr Infos darüber, was die Jusos so machen, findet Ihr auf: www.jusos.de, www.jusos-berlin.de.

Wer zurzeit bei den Jusos Pankow aktiv ist und wie Ihr mit ihnen in Kontakt treten könnt, findet Ihr auf deren Website: www.jusos-nordost.de



TERMINE

„Thierse trifft...“

10. Mai 2011

Dr. Sigrid Evelyn Nikutta, Vorstandsvorsitzende der BVG

24. Mai 2011

Lala Süsskind, Vorsitzende der Jüdischen Gemeinde zu Berlin

21. Juni 2011

Dr. Sten Nadolny, Schriftsteller und Autor

Alle Veranstaltungen finden im Soda-Salon in der Kulturbrauerei statt und beginnen um 19.30 Uhr. Der Eintritt ist frei!

Vormerken:

9. September 2011

U-18-Wahl

18. September 2011

Wahl zum Berliner Abgeordnetenhaus und zu den Bezirksverordnetenversammlungen



Die U18-Wahlen finden am 9. September 2011 statt.

Wenn Ihr Aktionen plant und Euch darüber informieren wollt, wo schon was stattfindet, mit Eurer Jugendgruppe oder Schule selbst aktiv werden wollt oder vor allem auch ein Wahllokal anmelden, dann findet Ihr alle wichtigen Informationen auch auf der Website www.u18.org. Für Rückfragen und Unterstützung im Bezirk Pankow können sich Kinder und Jugendliche auch an die Beauftragte für politische Bildung und Mitbestimmung für Kinder und Jugendliche in Pankow, Jeanette Münch unter 90295-7117 oder mitbestimmung@ba-pankow.verwalt-berlin.de wenden. Unter www.u18.org könnt Ihr Euch auch informieren, wo das nächste Wahllokal ist.

© U-18-Netzwerk

BUCHTIPP: FLEISCHLOS SCHWANGER MIT PILATES.

VON ULRIKEN VON DEN LAIEN ALIAS HARALD SCHMIDT

Erfolgreiche Frauen sagen, wie es geht.

Als Berlin-Buch angekündigt, denkt bei diesem Titel auch jeder gleich an Berlin-Mitte, Pankow oder Friedrichshain-Kreuzberg. Er trifft genau den aktuellen Nerv. Offen gibt Ulrike von den Laien alias Harald Schmidt zu, dass der Berlin-Roman noch gar nicht geschrieben und deshalb als Anleitung zu verstehen ist. Bei der Aufzählung der benötigten Bestandteile blitzt klar die Schmidt'sche Logik durch: Sein Berlin- und Frauen-Roman muss nicht geschrieben werden, weil es ihn schon zig-mal gibt. Fröhlich zählt „die Autorin“ auf, wie die Charaktere für diesen Roman beschaffen

sein müssen - fortschrittlich und sich sicher im Zeitgeist bewegend. „Sie“ Mitte Dreißig, heißt Anna, Hanna oder Leah, hat zwei Abtreibungen hinter sich. Ihr Freund heißt Lars, Lutz, Laszlo oder Sven. Sie hat nach dem Abi ein Jahr lang in einem Kinderheim in Chile gearbeitet. „Er“ ist Tischler und verdient sehr gut im Messebau und so weiter. Fester Bestandteil des Frauen-Romans in Berlin nach Schmidt: Ein Guru und der unvermeidliche Besuch der Eltern mit Namen Dirk und Doro aus dem Schwäbischen.

Egal welchen Berlin- oder Frauenroman Sie schon ge-

lesen haben – sie alle bedienen so eindeutig moderne Rollenklischees und sind damit so herrlich spießig, dass Harald Schmidt genau ins Schwarze trifft. Berlin- und Frauenromanleser haben in diesem ersten kurzen Teil schon herzlich viel zu lachen.

Im zweiten Teil finden Harald-Schmidt-Fans Abhandlungen aus seiner Focus-Kolumne, in Buchgröße und Leselänge gut geeignet für die U-Bahn. Mit vielen guten Ratschlägen für den Alltag „Begegnen Sie doch den rund 10% Gepäckverlusten an Flughäfen mit Yoga-Techniken zum

Loslassen“. Mit politisch präzisen Analysen attestiert er den Deutschen schon zu seinen Zeiten als Wirtschaftsminister, sie sähen sich in der Wirtschaftskrise durch zu Guttenberg,

„diesen finanziell unabhängigen Adeligen“, bestens repräsentiert. Schmidt vergleicht Stuttgart 21 mit dem Bau des Panamakanals („mit 25.000 Malaria-Toten rechnen noch nicht mal die Grünen“) und gibt dem Droste-Slogan „Stuttgart 21 – unterirdisch in die Zukunft“ nach der Wahl in Baden-Württemberg noch einmal eine



ganz neue Bedeutung. Zum geplanten Gesetz eines automatischen gemeinsamen Sorgerechtes ab Geburt gibt er sich skeptisch, kollidiere dieses doch aktuell noch mit einem anderen

Rechtsgrundsatz: „Am Aschermittwoch ist alles vorbei!“

Selbst Schwabe, reibt er auch die Schwaben in Berlin mehrmals ordentlich ab und so bleibt am Ende nur eine Frage offen: Warum liest Harald Schmidt eigentlich Frauenromane?